



Working Paper

Regierungsbildungen im fragmentierten deutschen Parteiensystem

Franz Urban Pappi
Michael Frank Stoffel
Nicole Michaela Seher

Franz Urban Pappi
Michael Frank Stoffel
Nicole Michaela Seher

**Regierungsbildungen im fragmentierten deutschen
Parteiensystem**

Arbeitspapiere – Working Papers

Nr. 129, 2009

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung

Pappi, Franz Urban:

Regierungsbildungen im fragmentierten deutschen Parteiensystem /

Franz Urban Pappi; Michael Frank Stoffel; Nicole Michaela Seher. –

Mannheim: 2009

(Arbeitspapiere - Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung; 129)

ISSN 1437-8574

Nicht im Buchhandel erhältlich

Schutzgebühr: € 3,00

Bezug: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES), Postfach, 68131 Mannheim

WWW: <http://www.mzes.uni-mannheim.de>

Redaktionelle Notiz:

Prof. Dr. Franz Urban Pappi arbeitet als Emeritus am Arbeitsbereich B des MZES. Laufende Projekte behandeln Themen aus dem Bereich der Wählerforschung (strategisches Wählen, Koalitionswählen) und Probleme der Regierungsbildung in Mehrparteiensystemen unter Berücksichtigung der Kombination von Ämter- und Politikmotivation

Michael Frank Stoffel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Regierungsbildung als optimale Kombination von Ämter- und Policy-Motivation der Parteien“ am MZES. Der Schwerpunkt seiner Forschung liegt im Bereich der Politischen Ökonomie und der vergleichenden Institutionentheorie.

Nicole Michaela Seher ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Regierungsbildung als optimale Kombination von Ämter- und Policy-Motivation der Parteien“ am MZES.

Zusammenfassung

In letzter Zeit sind zunehmend subnationale Kontexte in den Fokus der Koalitionsforschung gerückt (vgl. für Deutschland Bräuninger und Debus 2008). Im Fall der deutschen Bundesländer wird hierfür ein zwei-dimensionaler Politikraum (Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik angenommen). Dieses Vorgehen vernachlässigt jedoch Unterschiede in der Gesetzgebungskompetenz zwischen Bund und Ländern (Bsp. Bildungspolitik). Demgemäß identifizieren wir 5 bzw. 4 für die Regierungsbildung relevante Politikbereiche. Positionen für diese Dimensionen werden mithilfe des R-Algorithmus Wordfish (Slapin und Proksch 2008) ermittelt. Da Parteien zudem unterschiedliche thematische Schwerpunkte setzen, berücksichtigen wir zur Ermittlung der Koalitionssituation auch die Salienzen der Politikbereiche in den Wahlprogrammen. Diese gehen als Gewichtungsfaktor der Politikpositionen der Parteien in unser Modell ein. Dieses wenden wir auf die Regierungsbildung im Bund nach der Wahl 2009 und den Ländern Brandenburg, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen nach den Wahlen seit August 2009 an. Im Bund und den ostdeutschen Ländern existiert eine Kernlösung für das Koalitionsspiel. In drei dieser vier Koalitionssituationen mit Kern führt das Modell zu einer richtigen Prognose; lediglich in Brandenburg hat sich entgegen unserer Erwartung eine rot-rote Koalition gebildet.

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Strategische Koalitionssituationen	1
3. Die politische Nähe der Parteien in den drei Landtagen.....	4
4. Politisch tragfähige Koalitionen	11
5. Schlussfolgerungen.....	13
6. Literaturverzeichnis	15
Anhang	16

1. Einleitung

Die drei Landtagswahlen am 30. August 2009 haben einen Trend zur Fragmentierung des deutschen Parteiensystems nahegelegt. Die Bundestagswahl am 27. September hat zusammen mit den Landtagswahlen in Brandenburg und Schleswig-Holstein diesen Trend bestätigt. Die effektive Zahl der Parlamentsparteien¹ stieg im Saarland von 2,43 nach der 2004er Wahl auf jetzt 3,80, in Thüringen von 2,55 auf 3,80. In Sachsen fiel die Zunahme der Fragmentierung von 3,51 auf 3,67 geringer aus, weil in den sächsischen Landtag bereits 2004 sechs Parteien eingezogen waren und der Schrumpfungsprozess der sog. Volksparteien schon damals eingesetzt hatte. Der entscheidende Wendepunkt im Deutschen Bundestag hin zu einem vollen Fünf-Parteiensystem, bei dem keine Partei auf mehr als 40 Prozent der Sitze kommt und jede Fraktion rechnerisches Koalitionspotential hat, ist 2005 eingetreten. Damals stieg die effektive Parteienzahl von 2,80 im Jahr 2002 auf 3,44. Im jetzigen 17. Deutschen Bundestag stieg sie weiter auf 3,95 und in den am selben Tag gewählten Landtagen von Brandenburg und Schleswig-Holstein nahm die Fragmentierung von 3,27 auf 3,74 in Brandenburg und von 2,68 auf den Spitzenwert von 4,12 in Schleswig-Holstein ebenfalls zu.

Man könnte nun vermuten, dass mit der Fragmentierung des Parteiensystems die Schwierigkeiten bei der Regierungsbildung zunehmen. Das muss aber nicht unbedingt der Fall sein. Immerhin gibt es jetzt in der Regel eine Partei, die größer ist als die anderen und der deshalb mehr Koalitionsoptionen offen stehen. Dadurch kann die Regierungsbildung wieder vereinfacht werden. Deshalb müssen die rechnerisch möglichen Mehrheitsregierungen auf jeden Fall einzeln analysiert werden. Wir beginnen unseren Überblick über die rechnerisch möglichen minimalen Gewinnkoalitionen im nächsten Abschnitt mit der neuen Koalitionssituation im Bund, um anschließend jene Länder zu behandeln, in denen seit August 2009 Landtagswahlen stattgefunden haben. Im dritten Teil analysieren wir die politische (Policy-)Nähe der Parteien entsprechend der Aussagen in ihren Wahlprogrammen. Im vierten Abschnitt werden schließlich die politisch tragfähigen Koalitionen auf Basis der Policy-Nähe der Parteien identifiziert.

2. Strategische Koalitionssituationen

Minimale Gewinnkoalitionen sind in Deutschland die Regel. Dies sind Koalitionen, bei denen der Austritt jeder Regierungspartei zum Verlust der Mehrheit im Parlament führt. Auf Bundesebene wurden seit 1961 ausschließlich minimale Gewinnkoalitionen gebildet. Wir bezeichnen die Menge der rechnerisch möglichen minimalen Gewinnkoalitionen als die strategische Koalitionssituation in einem Parlament.

¹ Wenn alle Parteien gleich groß wären, entspräche die effektive Parteienzahl $(\sum v_i^2)^{-1}$ der Zahl der Parteien, wobei v_i den Sitzanteil der Partei i im Parlament bezeichnet. Ist die Maßzahl kleiner als die Zahl der Parteien, ist die theoretisch mögliche Obergrenze der effektiven Zahl der Parteien wegen ungleicher Parteigrößen nicht voll ausgeschöpft.

Tabelle 1: Mögliche minimale Gewinnkoalitionen (=strategische Koalitionssituation) in den 5 Ländern und im Bund nach den Wahlen 2009

Saarland	Sachsen	Thüringen	Brandenburg	Schleswig-Holstein	Bund
C/S	C/L	C/L	S/L	C/S	C/S
C/L	C/S	C/S	S/C	C/F	C/F
C/F/G	C/F	L/S	L/C	C/G/L	C/L
S/L/F	C/G			C/G/SSW	C/F/L
				S/F/G	
				S/F/L/SSW	
				S/F/L/SSW	

C (CDU), S (SPD), F (FDP), G (Grüne), L (Linke), N (NPD) und SSW

Nach dem amtlichen Endergebnis der Wahl vom 27. September 2009 werden im Deutschen Bundestag insgesamt 622 Abgeordnete vertreten sein, von denen 239 der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU angehören, 146 der SPD, 93 der FDP, 76 der Linken und 68 den Grünen. Die Kanzlermehrheit beträgt folglich 312 Stimmen. Eine solche für die Kanzlerwahl notwendige Mehrheit brächte eine Koalition der CDU/CSU mit der SPD, mit der FDP, aber auch eine mit der Linken auf. Dagegen brächten CDU/CSU und Grüne diese Mehrheit nicht zustande. Die Grünen würden aber auch nicht für die einzige minimale Gewinnkoalition gebraucht, die der CDU/CSU Paroli bieten könnte, nämlich eine rechnerisch mögliche Mehrheitskoalition aus SPD, FDP und Linken. Damit ist die strategische Koalitionssituation im 17. Deutschen Bundestag einfacher als in der 16. Legislaturperiode: Die Grünen werden für keine einzige minimale Gewinnkoalition im jetzigen Bundestag gebraucht, sie sind als kleinste Parlamentspartei somit eine zu vernachlässigende Größe im Koalitionsspiel (vgl. Tabelle 1). Dieser Situation haben sich die Grünen schon einmal nach der Bundestagswahl von 1990 gegenüber gesehen; von 1994 bis 2002 befand sich die PDS in dieser undankbaren Rolle.

Auch in Thüringen ist die strategische Koalitionssituation nicht so viel komplexer geworden, wie es der Einzug von zwei weiteren Parteien in den Landtag und damit die Zunahme der Fragmentierung zunächst vermuten lässt. Im alten Thüringer Landtag der Legislaturperiode 2004 bis 2009 waren 88 Abgeordnete vertreten. Von diesen stellte die CDU 45, die PDS 28 und die SPD 15 Parlamentarier. Um die in Art. 70(3) der Landesverfassung für die Wahl des Ministerpräsidenten erforderliche Mehrheit der Mitglieder des Landtages zu erreichen, wurden somit mindestens 45 Stimmen benötigt; diese Zahl an Abgeordneten brachte die CDU gerade auf, wobei die knappe Mehrheit für eine stabile Regierungsführung in der fünfjährigen Legislaturperiode ausreichte. Am 28. August 2009 schrumpfte die CDU-Fraktion im neuen Landtag auf 30 Mitglieder, die Linke hat nun 27, die SPD 18, die FDP 7 und die Grünen 6 Mitglieder. Linke und SPD kommen damit auf die Mehrheit von 45 Mandaten – rein rechnerisch werden die Grünen für die geheime Ministerpräsidenten-Wahl als Koalitionspartner also nicht gebraucht. Dies trifft jedoch nicht nur auf eine rot-rote Regierung zu – die Stimmen der Grünen sind für keine minimale Gewinnkoalition erforderlich, weshalb ihnen – analog zur Bundesebene – die

Eigenschaft eines „dummy“ im Koalitionsspiel zukommt; gleiches gilt für die FDP. Bei der Regierungsbildung kommt es somit rechnerisch nur auf CDU, Linke und SPD an, jede der drei möglichen Zweier-Koalitionen hat eine Mehrheit. Die von manchen erwogene Einbeziehung der Grünen in eine mögliche rot-rote Koalition hätte zu einer übergroßen Koalition geführt.²

In Brandenburg hat sich der Fall Thüringens insofern wiederholt, als auch hier FDP und Grüne neu in den Landtag einziehen konnten, ohne dass sie für minimale Gewinnkoalitionen gebraucht würden. Trotz größerer Fragmentierung kommt es bei der Regierungsbildung wie schon 2004 nur auf die SPD (33, jetzt 31 Mandate), die Linke (29, jetzt 26 Mandate) und die CDU (20, jetzt 19 Mandate) an. Die 7 Mandate der FDP und die 5 der Grünen sind jetzt rechnerisch für minimale Gewinnkoalitionen ebenso unerheblich, wie es die 6 der DVU 2004 gewesen sind.

Trotz einer annähernd gleich hohen Fragmentierung wie in Thüringen oder in Brandenburg ist die Situation des Sächsischen Landtages von 2009 gänzlich anders geartet. Obschon dieser 2004 bereits merklich zersplittert war, konnte die größte Partei, die CDU, ihre dominante Stellung gegenüber ihren Mitbewerbern nicht nur halten, sondern sogar leicht verbessern. Ihr Vorsprung vor der zweitgrößten Fraktion, der PDS bzw. der Linken, war und ist so groß, dass von einem Machtgleichgewicht keine Rede sein kann. Von den jetzt 132 Abgeordneten des Sächsischen Landtags gehören 58 der CDU an, 29 der Linken, je 14 der SPD und FDP, 9 den Grünen und 8 der NPD. Die CDU kann also mit allen anderen Parteien außer der NPD Zweier-Koalitionen bilden, letztere brauchen aber auch noch die NPD, wenn sie den Ministerpräsidenten der CDU stürzen wollten. Das verleiht der CDU fast die Position eines Veto-Spielers. Das war 2004 schon ähnlich gewesen. Der kleine Unterschied besteht darin, dass die anderen Parteien ohne die kleinste Partei, damals die Grünen, eine Mehrheit gegen die CDU zustande gebracht hätten. Wenn man so will, hat der sächsische Wähler die Position der CDU 2009 somit noch gestärkt.

Die Zunahme der Fragmentierung des Parteiensystems führte dagegen im Saarland zu einer völlig anderen strategischen Koalitionssituation. Hatte die CDU 2004 noch 27 der 51 Sitze im Landtag des Saarlands erringen können gegenüber 18 Sitzen der SPD und je 3 für FDP und Grüne, muss sie sich jetzt mit 19 Sitzen begnügen gegenüber 13 für die SPD, 11 für die Linke, 5 für die FDP und 3 für die Grünen. Die strategische Koalitionssituation änderte sich somit von der absoluten Mehrheit einer Partei zu einem vollen Fünf-Parteiensystem. Jede Partei hat Koalitionspotential und die größte Partei kann Zweier-Koalitionen mit der zweit- und drittgrößten Partei eingehen oder mit den zwei kleinsten Parteien zusammen ein Bündnis schließen, d.h. eine sog. Jamaika-Koalition bilden. Die zweit- und drittgrößte Partei sind für eine minimale Gewinnkoalition dagegen auf eine der beiden kleinsten Parteien angewiesen, so dass sich die rot-rote Option entweder um die Farbe grün oder gelb erweitern muss.

² Eine gewisse Parallele hätte die erste Regierung des 1952 neu gebildeten Südweststaats dargestellt. Damals kamen SPD und FDP gerade auf die absolute Mehrheit und nahmen deshalb den BHE mit in die Regierung auf. Zudem wurde der Vorsitzende der zweitgrößten Koalitionspartei, Reinhold Maier von der FDP, Ministerpräsident.

In Schleswig-Holstein ist nicht zuletzt wegen des SSW und der zusätzlichen Landtagsfraktion der Linken die Fragmentierung am weitesten fortgeschritten. Gleichzeitig stieg dank der Überhang- und Ausgleichsmandate die Parlamentsgröße von 69 auf 95 Abgeordnete. Davon stellt die CDU 34, die SPD 25, die FDP 15, die Grünen 12, die Linke 5 und der SSW 4.³

Vergleicht man die strategischen Koalitionssituationen der fünf jüngst gewählten Landtage, bleibt festzuhalten, dass die CDU als größte Partei in Schleswig-Holstein und vor allem in Sachsen rein rechnerisch mehr Koalitionsmöglichkeiten hat als die jeweils zweitgrößte Partei, was einer stärkeren Machtposition bei der Regierungsbildung entspricht. In Thüringen und in Brandenburg wurde ein typisch ostdeutsches Parteiensystem bestätigt, mit der CDU bzw. der SPD als größter und der Linken als zweitgrößter Partei. Diese Art eines ostdeutschen Dreiparteisystems bedeutet für die deutlich kleinere viert- und fünftgrößte Partei, also FDP und Grüne, Machtlosigkeit bei der Regierungsbildung. Dieser Fall ist im Saarland mit einem sehr untypischen westdeutschen Wahlergebnis, d.h. mit der Linken als drittstärkster Partei, nicht eingetreten. Allerdings geben diese strategischen Koalitionssituationen nur einen Rahmen vor, innerhalb dessen die tatsächliche Koalitionsbildung abläuft. Bei dieser kommt es entscheidend auf die politische Nähe der Parteien an, der wir uns jetzt zuwenden.

3. Die politische Nähe der Parteien in den drei Landtagen

Die einfachste Art, die politische Nähe der Parteien zu bestimmen, ist ein Rückgriff auf eine allgemeine ideologische Links-Rechts-Skala. Ohne auf Experten- oder Wählerbefragungen bzw. auf Inhaltsanalysen von Parteiprogrammen zurückzugreifen, könnte über die folgende ordinale Anordnung der Parteien von links nach rechts wahrscheinlich schnell Konsens hergestellt werden: Linke – Grüne – SPD – CDU – FDP. Die FDP hat ihre mittlere Position zwischen SPD und CDU aus den Zeiten des alten westdeutschen Dreiparteisystems zunehmend zugunsten einer Position rechts von der CDU, vor allem in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, verändert. Diese eindimensionale Anordnung hat den Vorteil, dass Wahlergebnisse auf einen einfachen Nenner gebracht werden können. Entweder haben CDU und FDP die Mehrheit, dann ist unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland die vermutlich größte Partei gleichzeitig die Medianpartei, oder es gibt eine Mehrheit für eine Linkskoalition, dann besetzt die SPD, vermutlich als zweitstärkste Partei, die Medianposition im Parlament. Eine große Koalition aus CDU und SPD wäre in beiden Fällen eine Lösung im Sinn einer verbundenen minimalen Gewinnkoalition (Axelrod 1970), während sich eine Koalition aus CDU und FDP und eine Linkskoalition bei gegebener Sitzverteilung gegenseitig ausschließen. Wie aber werden sich die Parteien entscheiden, wenn sie vor die Alternative gestellt sind: große Koalition oder Linkskoalition bzw. große Koalition oder schwarz-gelb? Und ist eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen, wenn rechne-

³ Nach ihrem Verhältnisanteil wären der CDU nur 23 Sitze zugestanden. Sie hat aber 34 Direktmandate errungen, so dass 11 „Mehrsitze“ entstanden. Dafür wurde ein Verhältnisausgleich bis zur Obergrenze der doppelten Zahl der Mehrsitze, also 22, vorgenommen. Die CDU hätte dann 31 Sitze, so dass ihr noch 3 Überhangmandate verbleiben (vgl. www.schleswig-holstein.de/LWL/DE/Landtagswahl/PDF/Bekanntmachung). Diese Auslegung des Wahlgesetzes ist strittig.

risch möglich, nicht doch eine realistische Alternative, der obigen ideologischen Reihung der Parteien zum Trotz? Und wo soll die NPD in Sachsen eingeordnet werden – sie ist schließlich nicht einfach eine marktradikalere FDP.

In einem Interview der Rheinpfalz auf die Koalitionsmöglichkeiten der SPD im Saarland angesprochen, äußerte sich Kurt Beck als Ministerpräsident des Nachbarlandes wie folgt: „Es gibt eine gute Chance, im Saarland einen Politikwechsel herbeizuführen. Ich habe mir die Programme der Parteien angeschaut und muss sagen, dass die denkbaren Koalitionspartner der SPD, Linkspartei und Grüne dichter beieinander sind als FDP, Grüne und CDU“ (Die Rheinpfalz vom Dienstag, 1. September 2009, S. 3). Diese Methode eines Wahlprogrammvergleichs wenden auch wir hier an. Dafür haben sich bisher systematische Inhaltsanalysen bewährt, die allerdings unterschiedlich aufwändig sind.

Am bekanntesten ist das Schema des Comparative Manifesto Projekts (kurz CMP, vgl. Budge et al. 2001, Klingemann et al. 2006). Geschulte Coder ordnen alle Sätze eines Wahlprogramms einer von 56 Kategorien zu. Für die Bundestagsparteien liegen die Ergebnisse von 1949 bis 2005 vor, so dass man auf dem Weg der Sekundäranalyse Skalen zur Erfassung der politischen Nähe bilden kann (vgl. den Überblick bei McDonald und Mendes 2001, vgl. auch Linhart und Shikano 2009). Für Landtagswahlprogramme hat sich bisher noch niemand der Mühe dieser aufwändigen Verschlüsselung unterzogen.

Eine Alternative sind computergestützte Verfahren der Inhaltsanalyse. Auf die Wahlprogramme aller Landtagsparteien seit 1990 haben Bräuninger und Debus das Verfahren Wordscore (Laver et al. 2003) angewendet. Dafür müssen Referenztexte mit a priori Positionen der Parteien vorgegeben werden. Bräuninger und Debus (2008) verwenden die Wahlprogramme der deutschen Parteien für die Bundestagswahlen als Referenztexte und die Ergebnisse der Expertenbefragung von Laver und Hunt (1992) und Benoit und Laver (2006) für die Vorgabe der Parteipositionen auf Bundesebene, um hiermit die Positionen der Parteien in den deutschen Bundesländern zu schätzen. In Übereinstimmung mit der Literatur nehmen sie für Deutschland einen zweidimensionalen Politikraum an, bestehend aus einer wirtschafts- und sozialpolitischen und einer gesellschaftspolitischen Dimension. Das Ziel ihrer Analyse ist die Koalitionsvoraussage in den Ländern.

Das ist auch unser Ziel. Im Unterschied zu Bräuninger und Debus (2008) wollen wir aber näher an die Politiken (policies) heran, um die es bei Koalitionsverhandlungen geht. Dafür spielen die Gesetzgebungszuständigkeiten der Länder im Vergleich zum Bund eine entscheidende Rolle, was sich z.B. in der größeren Bedeutung des Politikfelds Kultus auf der Länderebene zeigen sollte. Wir haben deshalb ein eigenes Verfahren entwickelt, das eine Handverschlüsselung der Überschriften der Wahlprogramme mit einer, nach entsprechender Vorbereitung der Texte, automatisch ablaufenden Computeranalyse verbindet (vgl. Pappi/Seher 2009). Letzterer Algorithmus mit Namen Wordfish wurde von Slapin und Proksch (2008) vorgestellt und bereits erfolgreich zur Bestimmung von Parteipositionen in verschiedenen Politikfeldern mit Hilfe von Wahlprogrammtexten eingesetzt.

Neu an unserem Verfahren ist die systematische Identifizierung der sich auf einzelne Politikfelder beziehenden Textpassagen mit Hilfe einer Handverschlüsselung der von den Parteien selbst verwendeten Überschriften. Das Verschlüsselungsschema für diese Handvercodung lehnt sich eng an die Geschäftsverteilungspläne der Ministerien an. Ein wichtiges Nebenprodukt dieser Verschlüsselung ist die Textlänge, die eine Partei einem bestimmten Politikfeld widmet. Wir interpretieren diese Textlänge als Indikator für das Interesse oder die Salienz, die eine Partei diesem Politikfeld im Vergleich zu den anderen Politikfeldern zumisst (vgl. Tabelle A.1 im Anhang). Die einem Politikfeld exklusiv zuzuordnenden Texte werden getrennt voneinander mit Wordfish ausgewertet, wobei sich eine eindimensionale Anordnung der Parteien nach dem Kriterium der größtmöglichen Unterschiede in der Wortwahl ergibt. In der Regel lassen sich die Parteipositionen auf diesen Dimensionen als Policypositionen in dem entsprechenden Politikfeld interpretieren.

Wir fassen die verschlüsselten Geschäftsbereiche in der folgenden Analyse grob zu fünf Politikfeldern zusammen:

1. Arbeit und Soziales,
2. Wirtschaft einschließlich Finanzen, Landwirtschaft und Umwelt,
3. Inneres und Justiz,
4. Kultus, insbesondere Bildung und Wissenschaft,
5. Außenpolitik, Verteidigung, Europapolitik und, für die Bundesländer, Beziehungen zum Bund.

Zunächst sollen die Interessen, die die Parteien auf Bundes- und Landesebene für die fünf Politikfelder zum Ausdruck bringen, verglichen werden. Damit wird geprüft, inwieweit die erwarteten Unterschiede der Salienz der Außen- und Sicherheitspolitik einerseits und des Geschäftsbereichs Kultus andererseits zwischen Bund und Ländern bestehen. Die Daten beziehen sich auf die 2009er Wahlprogramme (vgl. Tabelle A.1 im Anhang).

Insgesamt fällt auf, dass die Parteien den ersten beiden Politikfeldern im Bund bei Weitem die meiste Aufmerksamkeit widmen, während in den Ländern der Bereich Bildung und Wissenschaft stark aufholt und bei einzelnen Parteien, wie z.B. der FDP im Saarland, sogar Rang 1 einnimmt. Der programmatische Schwerpunkt von SPD und Linken im Bund liegt mit Werten von etwas über einem Drittel eindeutig bei Arbeit und Sozialem, während die drei anderen Parteien sich am meisten für Wirtschaft, Finanzen, Landwirtschaft und Umwelt interessieren. Erwartungsgemäß spielt die Außen- und Sicherheitspolitik für die Bundesparteien eine, wenn auch nachgeordnete, Rolle, in Konkurrenz mit Innerem und Justiz um den letzten Rang, während sie auf Länderebene irrelevant ist. Umgekehrt blenden die Bundesparteien Bildung und Wissenschaft nicht ganz aus, sondern behandeln sie mit etwa gleich niedriger Priorität wie Innen- und Außenpolitik. Allerdings gibt es einige kleine, aber charakteristische Unterschiede zwischen möglichen Koalitionsparteien, die für die Koalitionsverhandlungen von Bedeutung sein mögen. Man beachte etwa die 18 Prozent Interesse der FDP für Bildung und Wissenschaft.

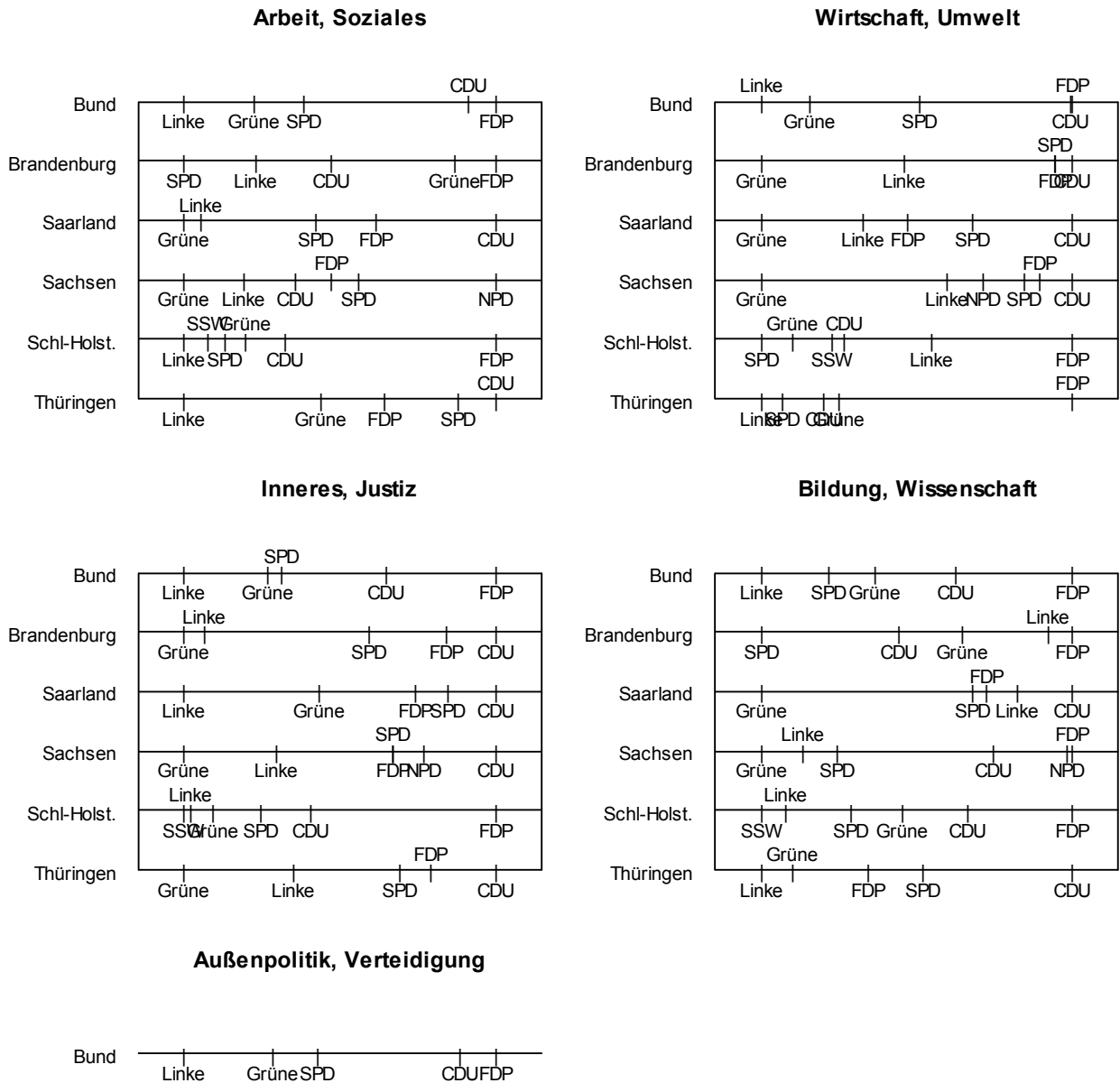
Was die einzelnen Parteien in den fünf Ländern angeht, interessiert sich die FDP weniger als andere Parteien für Arbeit und Soziales und relativ stark für die Rechtspolitik. Dadurch, dass wir wegen der wirtschaftlichen Konsequenzen vor allem im Energiebereich die Umweltpolitik zur Wirtschaft zählen, erreichen die Grünen hier in vier der fünf Länder Höchstwerte. Bei der CDU ist auffällig, dass sie sich relativ wenig zu ihrem traditionellen Schwerpunkt Inneres und Justiz äußert.

Im Vergleich zu den Bundesparteien gewichten die Landesverbände der Parteien Wirtschaft und Umwelt sehr hoch, nur die SPD und manchmal die Linke widmen der Arbeits- und Sozialpolitik mehr Aufmerksamkeit; die Schwerpunktlegung auf die Wirtschaftspolitik in den Wahlprogrammen ist Ausdruck der geringen Gesetzgebungskompetenz der Länder im Politikfeld Arbeit und Soziales. Der Hauptunterschied zwischen Bund und Ländern ist aber die hohe Bedeutung der Bildungspolitik in letzteren. Genau diese Besonderheit der Länder würde man nicht erfassen, wenn man versuchte, die Länderregierungen mit Politikdistanzen aus der nationalen Politik vorauszusagen.

Nachdem wir bestätigt haben, dass die Außen- und Sicherheitspolitik für die Länderebene selbst dann sehr unwichtig ist, wenn man Beziehungen zum Bund und Bundesratsfragen noch hinzu nimmt, soll die Positionsbestimmung für die Länderebene nur für die verbleibenden vier Politikfelder vorgenommen werden. Auf der Bundesebene sind dagegen Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der Europapolitik ein wichtiges Politikfeld, das für die Regierungsbildung von Bedeutung ist.

Da es unser Ziel ist, die Koalitionen im Jahr 2009 vorauszusagen, wäre es naheliegend, nur die 2009er Programme für die Wordfish-Analyse zu verwenden. Zwei Gründe sprechen jedoch dagegen. Zum einen werden die Ergebnisse umso verlässlicher, je länger die analysierten Textpassagen sind. Und zum anderen werden die ideologischen Grundüberzeugungen gegenüber den aktuellen Themen besser zur Geltung kommen, wenn man die Analyse nicht auf eine Wahl beschränkt. Um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen aktueller Politik und Grundüberzeugungen herzustellen, wird daher zusätzlich zum aktuellen Wahlprogramm noch das der vorausgegangenen Landtagswahl berücksichtigt. Dabei gehen wir davon aus, dass die Parteien selbst bei der Formulierung neuer Programme ihre Aussagen im letzten Wahlprogramm nicht unberücksichtigt lassen, um mit der Kontinuität bestimmter Grundforderungen auch ideologische Zuverlässigkeit zu signalisieren. Im Anhang dokumentieren wird aber die Parteipositionen für die Bundesparteien, die sich ergeben, wenn man die Analyse auf die 2009er Wahlprogramme eines Landes bzw. den Bund beschränkt. Größere Abweichungen treten dabei nicht auf, was für die Robustheit unserer Ergebnisse spricht.

Abbildung 1: Parteipositionen in den 5 Ländern und im Bund (auf den 4 bzw. 5 Politikfeldern)



Ein praktisches Problem tritt auf, wenn eine Partei bei der vorausgegangenen Wahl nicht angetreten ist bzw. den Einzug in den Landtag nicht geschafft hat. Die Wahlprogramme solcher Parteien liegen uns nicht vor. Wir können zwar die PDS als Vorgängerin der Linken werten, aber selbst dann fehlt natürlich ein entsprechendes Wahlprogramm für die Wahl 2004 im Saarland und für die Wahl 2005 in Schleswig-Holstein, genauso wie die Landtagswahlprogramme der FDP und der Grünen 2004 in Thüringen und in Brandenburg. Außerdem hatte die NPD für die sächsische Landtagswahl 2004 kein Wahlprogramm vorgelegt. In all diesen Fällen wird notgedrungen nur das aktuelle Wahlprogramm berücksichtigt.

Vor jeder Wordfish-Analyse muss sorgfältig überlegt werden, welcher Wortschatz Policy-Unterschiede zwischen den Parteien indizieren kann. Dabei folgen wir weitgehend den Empfehlungen von Slapin

und Proksch und eliminieren z.B. Parteinamen.⁴ Wegen der Bedeutung von Grundüberzeugungen für unsere Positionsbestimmung machen wir es außerdem zur Bedingung für die Aufnahme eines Wortes, dass es zu beiden Zeitpunkten verwendet worden sein muss. Und um den Vergleich der Positionen verschiedener Parteien zu gewährleisten, darf ein Wort auch nicht nur von einer einzigen Partei benutzt werden.

Das Problem der Standardisierung lösen wir, indem das Intervall zwischen den beiden Extremparteien auf den verschiedenen Skalen auf 1 fixiert wird. In einem Politikfeld kommt es nur auf die relative Nähe der Parteien an, so dass eine affine Transformation inhaltlich zu demselben Ergebnis führt. Dies gilt auch für den Positionsvergleich zwischen verschiedenen Politikfeldern. Sie wird durch ein fixes Intervall erleichtert. Für die Berechnung der Parteidistanzen in den vier- bzw. fünfdimensionalen Räumen kann dann auf die Salienzen als Gewichte zurückgegriffen werden (siehe unten).

In Abbildung 1 werden die 2009er Positionen der Parteien in den fünf Ländern den Positionen der Bundesparteien gegenüber gestellt. Für letztere werden zusätzlich die Positionen in der Außen- und Sicherheitspolitik berechnet. Dabei fällt für die Bundesebene grundsätzlich auf, dass die Reihenfolge der Positionen im Großen und Ganzen der eingangs angenommenen allgemeinen Links-Rechts-Skala entspricht, mit nur kleinen Unterschieden zwischen den Politikfeldern.⁵ CDU⁶ und FDP sind sich in den Politikfeldern Arbeit und Soziales und Wirtschaft näher als in der Rechts- und in der Bildungspolitik. Außer in letzterem Bereich nimmt auf Bundesebene immer die SPD die mittlere Position ein. 2005 hätte sie der Medianposition entsprochen, nach dem Wahlergebnis vom 27. September 2009 ist die CDU die Medianpartei im Bundestag in allen fünf Politikfeldern geworden.

Auf Länderebene zeigen sich gewisse Abweichungen von diesem Grundmuster. So befindet sich häufig die CDU und nicht die FDP auf der einen Extremposition, z.B. immer im Saarland oder, mit einer Ausnahme, in Thüringen. In beiden Ländern hat die CDU vorher mit absoluter Mehrheit regiert, was den Wunsch nach einem „Politikwechsel“ weg von dieser Position bei allen anderen Parteien ausgelöst haben mag. Sachsen, Brandenburg und Schleswig-Holstein wurden von großen Koalitionen regiert, was offensichtlich die programmatische Annäherung dieser Parteien befördert hat. Linke und Grüne waren vor der Landtagswahl 2009 in keiner der fünf Landesregierungen vertreten, was sie zum Gegenpol der Regierungsparteien prädestiniert. Inhaltlich schwer zu interpretieren sind unerwartet große Abstände wie die der FDP zu allen anderen Parteien in der Arbeits- und Sozialpolitik und der Innen- und Rechtspolitik in Schleswig-Holstein oder der Wirtschafts- und Umweltpolitik in Thüringen. Dabei ist zu beachten, dass die FDP-Position hier nicht einfach als „Rechts-außen“ des Parteiensys-

⁴ Darüber hinaus eliminieren wir eindeutig inhaltsleere Wörter. Dies sind zum einen Wörter mit weniger als drei Buchstaben und zum anderen Wörter, welche durch die Textanalyse-Software TM-Package (Feinerer et al. 2008) vorgeschlagen und von uns nach eingehender Prüfung weitestgehend übernommen wurden.

⁵ Zur Validierung der mit Wordfish geschätzten Parteipositionen auf Bundesebene lassen sich CMP-Analysen nach der Methode von Linhart/Shikano heranziehen. Dabei konnten Pappi/Seher hohe Übereinstimmungen nachweisen. Wenn man im vorliegenden Fall Parteipositionen für Arbeit/Soziales und Wirtschaft zusammen bestimmt, beträgt die Korrelation mit den sozio-ökonomischen CMP-Positionen $r=0,98$ für 2005. Für 2009 liegen noch keine CMP-Positionen vor.

tems interpretiert werden kann. Eine „rechte“ Positionierung ist nicht zwangsläufig im traditionellen ideologischen Sinn zu verstehen. Es signalisiert aber doch eine deutliche Abgrenzung von den bisherigen Regierungsparteien, einen Wunsch nach einem Politikwechsel, den man auch bei den Grünen in der Wirtschafts- und Umweltpolitik in Sachsen erkennen kann. Vielleicht fordern große Koalitionen und absolute Mehrheiten einer Partei solche Reaktionen von einzelnen Oppositionsparteien mehr heraus als Koalitionen einer großen mit einer kleinen Partei.

Nun stellt sich natürlich die Frage, wie valide wir die Politikpositionen der Parteien gemessen haben und inwieweit man vor allem der Einordnung kleinerer Parteien trauen kann, besonders wenn sie nicht durchgehend im Landtag vertreten waren. In diesen Fällen steht nur das Wahlprogramm von 2009 zur Verfügung, was die Ergebnisse verzerren kann. In Schleswig-Holstein kommt erschwerend hinzu, dass wegen der vorgezogenen Wahl nicht so viel Zeit wie üblich für die Programmformulierung zur Verfügung stand. So fiel das Wahlprogramm der Linken mit 11 Seiten ausgesprochen kurz aus. Je kürzer aber die zur Verfügung stehenden Texte sind, desto schwerer fällt eine zuverlässige Positionsbestimmung.

Was die Positionierung der kleineren Parteien insgesamt betrifft, muss man an das Ziel unserer Analyse erinnern. Wir wollen aus der Menge der rechnerisch möglichen Koalitionen genau die Koalition herausfinden, die sich am besten auf eine gemeinsame Politik einigen kann. Mit der zunehmenden Fragmentierung des Parteiensystems ziehen aber auch Parteien ins Parlament ein, die kein großes Koalitionspotential haben. Wie sollen diese Parteien ernsthafte Koalitionssignale senden, die von den möglichen Adressaten und vor allem auch von ihnen selbst ernst genommen werden? Diese Parteien können sich mehr als Parteien mit Regierungserfahrung und Koalitionspotential auf stimmenträchtige Schwerpunktsetzung in ihren Programmen beschränken.

Die Nähe der Parteien in dem fünfdimensionalen Politikraum des Bundes und dem vierdimensionalen der Länder lässt sich als gewichtete euklidische Distanz zwischen den Parteien berechnen. Die Gewichte sind die relativen Interessen der Parteien an den fünf bzw. vier Politikfeldern (Tabelle A.1 im Anhang), die normierten Positionen sind dem Abbildung 1 entnommen. Dabei ist zu beachten, dass das Politikintervall zwischen den beiden Extremparteien einer Skala auf 1 normiert wurde. Da die Wordfish-Analysen getrennt nach den vier Politikfeldern durchgeführt werden, werden die Parteipositionen – unter der Annahme, dass der Politikunterschied zwischen den beiden extremen Parteien jeweils gleich ist – durch die Normierung vergleichbar gemacht. Eine Gewichtung der fünf bzw. vier Dimensionen erfolgt somit nicht objektiv nach der Unterschiedlichkeit des Wortschatzes, sondern bei der Berechnung der Parteidistanzen subjektiv mit dem relativen Interesse einer Partei an den fünf

⁶ Da CDU und CSU ein gemeinsames Wahlprogramm hatten, ist mit der CDU im Bund immer CDU/CSU gemeint.

bzw. vier Politikfeldern. Da die Parteien die Bedeutung der Politikfelder unterschiedlich gewichten, sind die Distanzen zwischen ihnen nicht länger symmetrisch (vgl. Tabelle A.2 im Anhang).⁷

Diese Distanzen geben erste Aufschlüsse über mögliche Koalitionen. Im Bund ist die Situation sehr klar. Wenn man die Parteien nach dem allgemeinen Rechts-Links-Schema, beginnend mit der FDP, dann CDU/CSU, SPD, Grüne und Linke, ordnet, nehmen die Distanzen von links nach rechts und von oben nach unten monoton zu, ohne eine einzige Ausnahme. Und von allen benachbarten Paaren ist die Distanz von Union zur FDP und von der FDP zur Union am geringsten. Sachsen kommt diesem Muster nahe; es treten aber einige Abweichungen im Hinblick auf die Grünen und die NPD auf, also Parteien, die entweder keine großes oder überhaupt kein Koalitionspotential besitzen. Schleswig-Holstein wäre das nächste Land, für das man wegen der in Aussicht stehenden CDU-FDP-Koalition ebenfalls dieses Muster erwarten würde. Wenigstens die FDP kommt dem Muster nahe; es stimmt aber nicht für die CDU, deren Wahlprogramm – in Eile formuliert? – noch große Nähe zum alten Koalitionspartner SPD signalisiert, was auch umgekehrt zutrifft. Und beide Parteien haben die geringste Distanz zu den Grünen. Die prononciert „rechte“ Positionierung der FDP hat große Abstände zu allen anderen Parteien zur Folge, was aus Sicht der FDP zwar die erwünschte Koalition erkennen lässt, nicht aber aus Sicht der CDU.

Im Saarland fällt andererseits die große Distanz der CDU zu allen anderen Parteien auf. Hier besteht der geringste Abstand zwischen SPD und FDP und der größte zwischen Grünen und CDU; beide Ergebnisse scheinen eher gegen eine Jamaikakoalition zu sprechen. In Brandenburg und Thüringen wird von den Ähnlichkeiten der Wahlprogramme her geurteilt eine große Koalition nahegelegt.

Für eine Koalitionsprognose reichen die Parteidistanzen allerdings noch nicht aus. Die Parteien müssen sich auch Vorstellungen über die in den verschiedenen Koalitionen durchsetzbare Politik machen, um sich für die optimale Lösung entscheiden zu können. Dieses Problem behandeln wir im nächsten Abschnitt.

4. Politisch tragfähige Koalitionen

Je fragmentierter das Parteiensystem wird, desto vielfältiger werden in der Regel die Koalitionsoptionen. In der Folge werden Sondierungsrunden vor den eigentlichen Koalitionsverhandlungen notwendig. Dazu müssen sich die Parteien Erwartungen über ihre relativen Vorteile in der einen oder anderen Proto-Koalition bilden. Diese Vorteile bestehen zum einen in den Ämtern, die eine Partei in der betreffenden Koalition erwarten kann, und zum anderen in der Politik, auf die man sich im Koalitionsvertrag einigen wird (vgl. z.B. zu entsprechenden additiven Nutzenfunktionen Sened 1995, Baron und Diermeier 2001). Wenn man bedenkt, dass der Minister nach dem Ressortprinzip für seinen

⁷ Sei x_j die Position von Partei X in der j-ten Dimension und y_j die entsprechende Position von Y und seien s_{xj} und s_{yj} die auf 1 normierten Salienzen von X und Y, so ist die gewichtete euklidische Distanz von X zu Y wie durch $(\sum_j s_{xj} (x_j - y_j)^2)^{1/2}$ gegeben. Um die gewichtete Distanz von Y zu X zu erhalten, wird der Gewichtungsfaktor s_{xj} durch s_{yj} ersetzt.

Geschäftsbereich das Initiativrecht (agenda setting power) für Gesetzesvorschläge haben wird, ergeben sich aus der Ministeriumsbesetzung auch Rückschlüsse auf die Regierungspolitik (vgl. Linhart/Pappi 2009). Wir beschränken uns hier auf die Koalitions politik, die die Parteien in den Sondierungsgesprächen erwarten können, und lassen dafür die Art der Ministeriumsbesetzung noch unberücksichtigt. Nimmt man effizientes Verhandeln in den einzelnen Politikfeldern getrennt voneinander an und geht gleichzeitig von gewichteten euklidischen Distanzen aus, ist der mit den Stimmenanteilen der Koalitionsparteien gewichtete Mittelwert auf den einzelnen Politikdimensionen die zu erwartende Koalitions politik. Die Koalition einer großen mit einer kleinen Partei ist für den größeren Koalitionspartner also vorteilhafter als die Koalition mit einem etwa gleich starken Partner, weil der dimensionsweise Koalitionspunkt umso näher an den größeren Partner rückt, je größer der Stimmenabstand im Parlament ist.

In unserem Fall eines fünf- bzw. vierdimensionalen Politikraums wird die zu erwartende Koalitions politik als ein Punkt festgehalten, den die Koalitionsparteien dann nach dem Nutzen beurteilen, den ihnen diese Koalitions politik bringt. Hierzu werden wieder die Salienzen der Politikfelder als Gewichtungsfaktoren eingesetzt. Je geringer die gewichtete euklidische Distanz eines Koalitionspunktes zum Idealpunkt der Partei, desto mehr wird diese Partei die entsprechende Koalition bevorzugen. Ist eine bestimmte Koalition die oberste Politikpräferenz aller an ihr beteiligten Koalitionsparteien, liegt ein Gleichgewichtspunkt im Sinne einer Kernlösung vor. Wir sagen die entsprechende Koalition als Siegerin der Sondierungsrunde und als wahrscheinlichste Regierungskoalition voraus (vgl. Tabelle A.3 im Anhang).

Im Bund sowie in Brandenburg, Sachsen und Thüringen existiert eine Kernlösung. Das ist von den rechnerisch möglichen minimalen Gewinnkoalitionen im Bund und in Sachsen eine Regierung aus CDU und FDP und in Brandenburg und Thüringen eine Koalition aus CDU und SPD. Der gewichtete Abstand der SPD zum Koalitionspunkt einer rot-roten Koalition ist in den beiden letztgenannten Ländern eindeutig größer als der zu einer rot-schwarzen Koalition und aus Sicht der CDU ist eine Koalition mit der SPD allemal einer Koalition mit der Linken vorzuziehen. Von den vier Kernlösungen führen damit drei zu einer richtigen Prognose und eine, die für Brandenburg, zu einer Fehlprognose.

Im Saarland und in Schleswig-Holstein dagegen existieren keine Kernlösungen. Gegenüber der Stabilität des Parteiensystems und des Koalitionsregimes in Ostdeutschland verhindert das Erstarken der Linken in den beiden westdeutschen Ländern Gleichgewichtslösungen. Dabei stellt das Saarland mit der Linken als drittstärkster Kraft die Parteien vor eine für Westdeutschland schwierigere Situation bei der Regierungsbildung als Schleswig-Holstein, wo die Bundeslösung einer CDU-FDP-Koalition eine Mehrheit hat. Da die neue Bundesregierung zudem nur mit einer solchen Koalition in Schleswig-Holstein eine Mehrheit im Bundesrat bekommt, darf dieser zusätzliche föderale Faktor nicht vernachlässigt werden. Dass genau in solchen Situationen die Bundesparteien Einfluss auf die Regierungsbildung auf Landesebene nehmen, lässt sich nachweisen (vgl. Bräuninger und Debus 2008, Pappi et al. 2005). Auf Grund der alleinigen Betrachtung unserer Daten kann eine CDU-FDP-Regierung für

Schleswig-Holstein jedoch nicht vorausgesagt werden. Würde man annehmen, dass die CDU als größere Partei Zweierkoalitionen bevorzugt, würde wieder eine große Koalition gebildet.

Im Saarland sind an Zweierkoalition rechnerisch möglich: CDU/SPD und CDU/Linke. Beide Lösungen sind, wie aus unseren Daten hervorgeht, politisch nicht tragfähig, obwohl die CDU eine große Koalition bevorzugen würde (vgl. Tabelle A.3 im Anhang). Diese kommt für die SPD aber erst an dritter Stelle. Die größte Partei, die CDU, erwartet sich auch von einer sog. Jamaika-Koalition. politische Vorteile. Ihr grüner Koalitionspartner könnte seine politischen Vorstellungen aber am besten in einer Linkskoalition zusammen mit der Linken und der SPD verwirklichen. Diese Koalition präferiert auch die Linke am meisten, nicht dagegen die SPD, die zusammen mit der FDP einer Koalition SPD/Linke/FDP am meisten abgewinnen könnte. Hier ist daran zu erinnern, dass im Saarland die FDP im Unterschied zum Bund nie die „rechte“ Extremposition auf den vier Politikdimensionen einnimmt und dass die drei Parteien dieser Koalition ähnliche Positionen vor allem in der Schulpolitik haben, die von ihnen auch sehr hoch bewertet wird. Trotzdem wurde letztere Koalition von den Parteien nicht als ernsthafte Alternative in Betracht gezogen. Man stelle sich eine FDP vor, die im Bund die Ampelkoalition ausschließt und im Saarland den westdeutschen Steigbügelhalter für eine Regierungsbeteiligung der Linken spielt.

5. Schlussfolgerungen

Unsere Bemerkungen zur Regierungsbildung in Schleswig-Holstein und im Saarland mögen leicht den Eindruck erweckt haben, als versuchten wir ad hoc doch noch zu richtigen Prognosen zu kommen. Dieser Eindruck ist aber falsch. Unser Lösungskonzept ist der Kern als Gleichgewichtspunkt im vierdimensionalen Politikraum auf Basis der strategischen Koalitionssituation. Und eine Kernlösung existiert nur für den Bund und für die drei ostdeutschen Länder. Also sagen wir für den Bund und Sachsen eine CDU-FDP-Regierung voraus und für Brandenburg und Thüringen eine große Koalition. Nur die Prognose für Brandenburg ist falsch.

Wenn keine Kernlösung existiert, kann man entweder die Theorie weiter entwickeln oder bewährte empirische Generalisierungen nach wahrscheinlichen Lösungen befragen. So haben Bräuninger und Debus eine „bedingte logistische Regression der Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern von 1990 bis 2007“ (2008:332) vorgelegt, an der man sich orientieren kann. Dabei spielt die „Übereinstimmung mit der Bundespolitik“ eine Rolle, die wir als Interpretationshilfe für Schleswig-Holstein herangezogen haben. Im Saarland und in Brandenburg waren solche Lösungen rechnerisch sowieso nicht möglich. Hier könnte man die Entscheidung für Jamaika im Saarland als Vorentscheidung für Brandenburg ansehen, wo die Verlierer von Saarbrücken eine Koalition vereinbart haben. Beide Koalitionen werden im Bundesrat ohnehin nicht zur Regierungsseite zählen.

Trotz der Bewährung der Kernlösung als Prognoseinstrument muss natürlich auch gefragt werden, inwieweit unsere Methode der Bestimmung von Parteipositionen verbesserungsfähig ist. Dabei sind Probleme der Gültigkeit und Zuverlässigkeit der Messung zu unterscheiden. Gültig sind Salienzen und

Positionen, wenn sie das erfassen, was theoretisch intendiert ist. Wir interessieren uns für die Inhalte der Wahlprogramme, die für künftige Koalitionsverhandlungen und eventuelles Regierungshandeln aufschlussreich sind. Bei dem multifunktionalem Charakter von Wahlprogrammen ist das ein Gesichtspunkt unter mehreren. So interessieren uns im Zusammenhang mit möglichen Koalitionsverhandlungen Appelle an die Wähler oder innerparteiliche Signale nur indirekt. Und unter dem Gesichtspunkt von Koalitionsverhandlungen und Regierungshandeln haben nicht alle Parteien dieselbe Bedeutung. Ihre Texte beeinflussen aber die Positionsbestimmung für alle Parteien. Deswegen ist in Zukunft zu überlegen, ob man Parteien mit nur sporadischer Landtagspräsenz aus der Analyse ausklammert.

Was die Zuverlässigkeit betrifft, muss die Handverschlüsselung der Überschriften noch überprüft werden. Bei der Wordfish-Analyse geht es bei insgesamt sehr hoher Zuverlässigkeit um die Prüfung der Bedingungen für die Aufnahme eines Wortes in die Analyse. Hier hat sich die gemeinsame Analyse der Wahlprogramme für zwei aufeinander folgende Wahlen ebenso bewährt wie die Bedingung, dass ein Wort zu beiden Zeitpunkten und in den Programmen von mindestens zwei Parteien vorkommen muss. Noch nicht gelöst ist das Problem, wie man mit kleineren Parteien umgeht, für die zur vorausgehenden Wahl kein Wahlprogramm vorliegt. Auch unter dem Gesichtspunkt der Zuverlässigkeit der Messung spricht also einiges für die Eliminierung von Parteien mit sporadischer Landtagspräsenz.

Abschließend sei daran erinnert, dass es bisher kaum Koalitionsanalysen in höher dimensionierten Politikräumen gab. Hier haben wir mit unseren salienzgewichteten Distanzen zwischen den Parteien und zum Koalitionspunkt zumindest empirisch Neuland betreten. Bisherige Ansätze beziehen sich hingegen in der Regel auf einen einfacheren Politikraum mit höchstens zwei Dimensionen, um Voraussagen hinsichtlich der Regierungsbildung zu treffen. Präferenzunterschiede der Parteien hinsichtlich einzelner Politikbereiche finden dabei keine Beachtung. Zwar können auch diese Modelle Koalitionen vorhersagen; sie bilden jedoch das stattfindende Koalitionsspiel theoretisch nicht sauber ab. In Zukunft wird es daher darauf ankommen, auch letzteres realitätsnäher zu modellieren und die künftige Regierungspolitik nicht auf den dimensionsweisen gewichteten Mittelwert zu beschränken. Eine realitätsnähere Modellierung in diesem Sinne muss dann auch auf die erwartbaren Ministeriumsbesetzungen eingehen (vgl. Linhart und Pappi 2009), da diese für die der Regierungsbildung nachgelagerten legislativen und administrativen Spiele von entscheidender Bedeutung sind.

Ein Ergebnis unserer Analyse ist auch, dass die Fragmentierung eines parlamentarischen Parteiensystems, wie sie mit dem gängigen Maß der effektiven Parteizahl gemessen wird, keinen unmittelbaren Aufschluss auf die Schwierigkeit der Koalitionsbildung erlaubt. Zwar wird die Regierungsbildung im Zweiparteiensystem einfacher sein als in Mehrparteiensystemen, aber die Tatsache, dass in einem Parlament fünf oder sechs Parteien vertreten sind mit einer effektiven Parteizahl um die 4, sagt noch nichts darüber aus, wie die strategische Koalitionslage ist. Je größer die größte Partei im Vergleich zu den anderen ist, desto größer ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass die kleinsten Parteien für die Bildung minimaler Gewinnkoalitionen irrelevant sind. Das Verhältnis der Parteigrößen zueinander lässt sich nicht mit einer einfachen Maßzahl wie der effektiven Parteizahl erfassen.

6. Literaturverzeichnis

- Axelrod, Robert. 1970. *Conflict of Interest. A Theory of Divergent Goals with Applications to Politics*. Chicago: Markham Publishing Company.
- Baron, David P. und Daniel Diermeier. 2001. Elections, Governments, and Parliaments in Proportional Representation Systems. *The Quarterly Journal of Economics* 116 (3): 933-967.
- Benoit, Kenneth und Michael Laver (Hrsg.). 2006. *Party Policy in Modern Democracies*. Oxon: Routledge.
- Bräuninger, Thomas und Marc Debus. 2008. Der Einfluss von Koalitionsaussagen, programmatischen Standpunkten und der Bundesrepublik auf die Regierungsbildung in den deutschen Ländern. *Politische Vierteljahresschrift* 49 (2): 309-338.
- Budge, Ian, Hans-Dieter Klingemann, Andrea Volkens, Judith Bara und Eric Tanenbaum (Hrsg.). 2001. *Mapping Policy Preferences. Estimates for Parties, Electors, and Governments 1945-1998*. Oxford: Oxford University Press.
- Feinerer, Ingo, Kurt Hornik und David Meyer. 2008. Text Mining Infrastructure in R. *Journal of Statistical Software* 25(5).
- Klingemann, Hans-Dieter, Andrea Volkens, Judith Bara, Ian Budge und Michael McDonald (Hrsg.). 2006. *Mapping Policy Preferences II. Estimates for Parties, Electors, and Governments in Eastern Europe, European Union and OECD 1990-2003*. New York: Oxford Press.
- Laver, Michael, Kenneth Benoit und John Garry. 2003. Extracting Policy Positions from Political Texts Using Words as Data. *American Political Science Review* 97 (2): 311-331.
- Laver, Michael und Ben W. Hunt (Hrsg.). 1992. *Policy and Party Competition*. New York und London: Routledge.
- Linhart, Eric und Franz U. Pappi. 2009. Koalitionsbildungen zwischen Ämter- und Politikmotivation. Konstruktion einer interdependenten Nutzenfunktion. *Politische Vierteljahresschrift* 50 (1): 23-49.
- Linhart, Eric und Susumu Shikano. 2009. Ideological Signals of German Parties in a Multi-Dimensional Space: An Estimation of Party Preferences Using the CMP Data. *German Politics* 18 (3): 301-322.
- McDonald, Michael D. und Silvia M. Mendes. 2001. The Policy Space of Party Manifestos. In: Michael Laver (Hrsg.), *Estimating the Policy Position of Political Actors*. New York und London: Routledge: 90-114.
- Pappi, Franz U., Axel Becker und Alexander Herzog. 2005. Regierungsbildung in Mehrebenensystemen: Zur Erklärung der Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern. *Politische Vierteljahresschrift* 46 (3): 432-458.
- Pappi, Franz U. und Nicole M. Seher. 2009. Party Election Programs, Signalling Policies and Saliency of Specific Policy Domains: The German Parties from 1990 to 2005. *German Politics* 18 (3): 403-425.
- Sened, Itai. 1995. Equilibria in Weighted Voting Games with Sidepayments. *Journal of Theoretical Politics* 7 (3): 283-300.
- Slapin, Jonathan B. und Sven-Oliver Proksch. 2008. A Scaling Model for Estimating Time-Series Party Positions from Texts. *American Journal of Political Science* 52 (3): 705-722.

Anhang

Tabelle A.1: Die Interessen der Parteien an den 5 Politikfeldern in ausgewählten Ländern und im Bund

	Arbeit, Soziales	Wirtschaft, Umwelt	Inneres, Justiz	Bildung, Wissenschaft	Außenpolitik, Verteidigung
Bund					
FDP	21	33	13	18	15
CDU	29	37	9	11	15
SPD	35	30	9	12	15
Grüne	27	35	15	12	11
Linke	37	16	16	13	18
Brandenburg					
FDP	10	38	13	39	0
CDU	24	36	17	20	2
SPD	35	23	17	22	2
Grüne	20	42	12	24	2
Linke	21	32	13	28	6
Saarland					
FDP	23	26	21	30	1
CDU	30	38	4	23	5
SPD	35	28	9	25	3
Grüne	20	42	15	21	2
Linke	26	35	5	33	1
Sachsen					
FDP	19	34	22	24	1
CDU	23	31	13	30	2
SPD	29	20	19	31	1
Grüne	26	36	16	21	2
Linke	33	23	15	25	3
NPD	23	38	19	13	7
Schleswig-Holstein					
FDP	22	34	17	26	1
CDU	26	40	15	19	1
SPD	23	46	14	14	4
Grüne	46	19	20	8	6
Linke	26	39	9	24	2
SSW	19	44	11	20	6
Thüringen					
FDP	22	43	18	18	0
CDU	31	28	15	25	0
SPD	28	34	16	19	2
Grüne	21	46	14	19	0
Linke	26	30	18	21	6

Tabelle A.2: Saliengewichtete euklidische Parteidistanzen

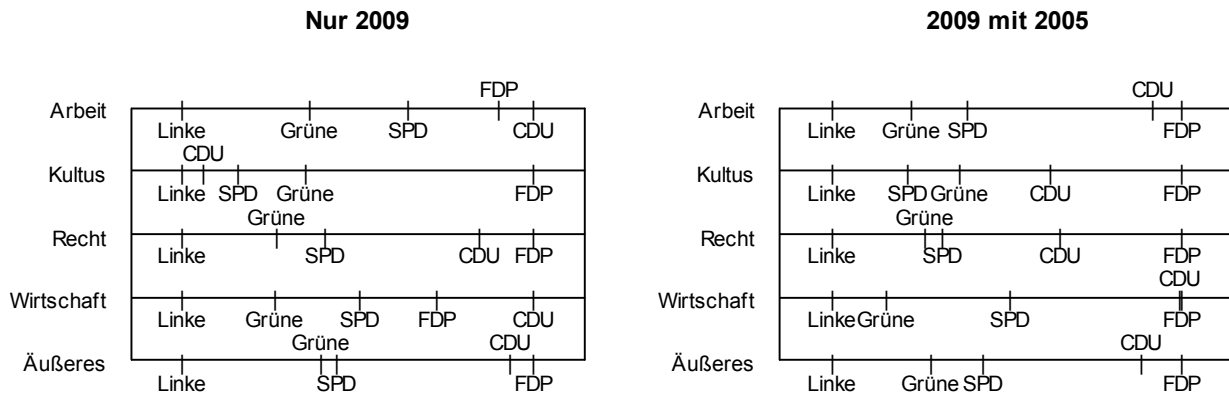
Bund						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	
FDP	0	18	62	83	99	
CDU	15	0	47	74	87	
SPD	60	47	0	29	41	
Grüne	84	72	30	0	22	
Linke	99	84	40	25	0	
Brandenburg						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	
FDP	0	42	54	54	54	
CDU	45	0	26	85	74	
SPD	69	28	0	84	64	
Grüne	55	86	86	0	36	
Linke	61	75	72	37	0	
Saarland						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	
FDP	0	46	25	52	45	
CDU	45	0	54	99	75	
SPD	29	55	0	45	33	
Grüne	52	95	48	0	38	
Linke	43	73	29	40	0	
Sachsen						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	NPD
FDP	0	21	40	86	56	16
CDU	19	0	34	89	57	20
SPD	46	35	0	63	34	46
Grüne	87	90	70	0	43	89
Linke	63	59	35	36	0	69
NPD	16	20	34	88	58	0
Schleswig-Holstein						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	SSW
FDP	0	69	88	82	81	89
CDU	66	0	25	16	43	39
SPD	88	24	0	13	37	21
Grüne	84	15	11	0	36	22
Linke	91	37	29	28	0	17
SSW	88	35	21	26	23	0
Thüringen						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	
FDP	0	41	17	63	38	
CDU	47	0	35	76	84	
SPD	20	33	0	67	58	
Grüne	63	74	70	0	71	
Linke	41	81	58	61	0	

Anmerkung: Die gewichteten Distanzen geben die Bewertung der Spalten-Partei durch die Zeilen-Partei wider. Beispielsweise bewertet die FDP im Bund ihre Distanz zur CDU mit dem Wert 18.

Tabelle A.3: Koalitionsnutzen

Bund						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	
CDU-FDP	-12	-5				
CDU-SPD		-18	-29			
CDU-Linke		-21			-63	
SPD-FDP-Linke	-51		-12		-46	
Brandenburg						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	
CDU-SPD		-17	-10			
CDU-Linke		-43			-31	
SPD-Linke			-33		-35	
Saarland						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	
CDU-SPD		-22	-32			
CDU-Linke		-26			-47	
CDU-FDP-Grüne	-26	-19		-77		
SPD-Grüne-Linke			-16	-35	-16	
SPD-FDP-Linke	-24		-11		-20	
Sachsen						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	NPD
CDU-FDP	-16	-4				
CDU-SPD		-7	-28			
CDU-Grüne		-12		-77		
CDU-Linke		-20			-38	
SPD-FDP-Grüne-Linke-NPD	-40		-21	-52	-20	-42
Schleswig-Holstein						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	SSW
CDU-FDP	-46	-21				
CDU-SPD		-10	-14			
CDU-Grüne-SSW		-6		-10		-31
CDU-Grüne-Linke		-23		-8	-25	
SPD-FDP-Grüne	-61		-27	-23		
SPD-FDP-Linke-SSW	-61		-28		-35	-30
Thüringen						
	FDP	CDU	SPD	Grüne	Linke	
CDU-SPD		-12	-21			
CDU-Linke		-38			-44	
SPD-Linke			-35		-23	

Abbildung A.1: Vergleich der Politikpositionen für den Bund bei Berechnung auf unterschiedlicher Datenbasis



Anmerkung: In der linken Grafik wurden die Politikpositionen nur mit den Daten aus 2009 berechnet. In der rechten Grafik (welche den Daten im Text entspricht) wurden die Parteipositionen von 2009 und 2005 gemeinsam geschätzt, wobei zusätzlich die Bedingung gestellt wurde, dass nur Wörter in die Analyse eingehen, welche zu beiden Zeitpunkten verwendet wurden. Dies wird wie folgt begründet. In Wahlprogrammen wird tendenziell immer jenen Teilen ein großes Gewicht gegeben, in welchen sich die Position einer Partei verändert hat. Dies kann zu einer Fehlschätzung führen; durch die Bedingung wird hierfür korrigiert und damit eine bessere Schätzung gewährleistet.